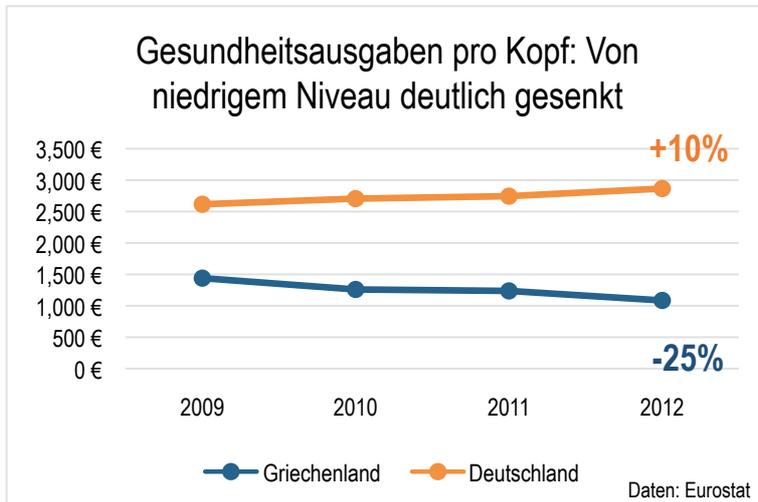


Troika macht krank

Factsheet 3/4 zum Scheitern der EU-Krisenpolitik in Griechenland, 13. April 2015

Seit 2010 wird Griechenland unter dem Eindruck der Schulden- und Finanzkrise von der Troika aus EU-Kommission, EZB und Internationalem Währungsfonds zu einer radikalen Kürzungspolitik gedrängt. Auch vor dem Gesundheitssystem machen die Technokraten aus Brüssel, Frankfurt und Washington nicht halt.



Durch schnelle und drastische Kürzungen sollten die öffentlichen Ausgaben für Gesundheit auf 6% der Wirtschaftsleistung gekürzt und auf diesem Niveau gedeckelt werden. Um dieses Ziel zu erreichen, wurden die Gesundheitsausgaben pro Kopf bereits bis 2012 von 1.440 Euro auf 1.085 Euro gesenkt. Zum Vergleich: In Deutschland liegen

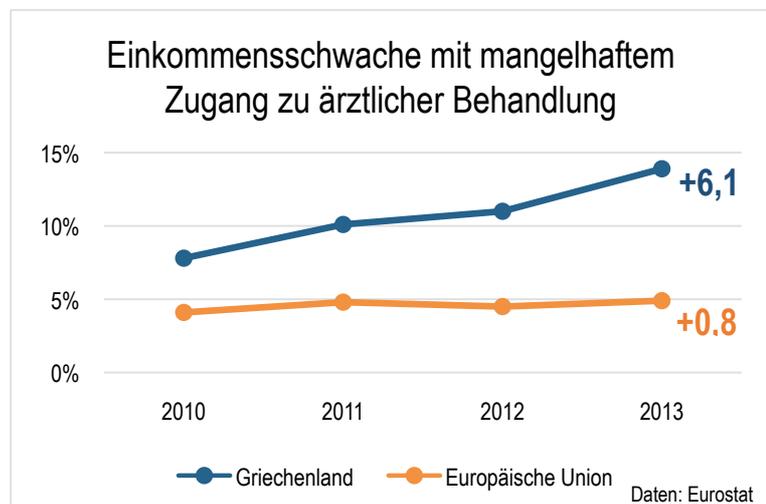
die jährlichen Pro-Kopf-Gesundheitsausgaben bei rund 2.800 Euro.

Einige Beispiele für die Kürzungen in Griechenland: Die Betriebskosten der Krankenhäuser wurden um 60% reduziert und die Löhne des Personals teilweise unter die Armutsgrenze gesenkt. Elf Krankenhäuser und über 800 Arztpraxen wurden geschlossen, 10.000 Krankenhausbetten sind weggefallen.

Die Zahl der einkommensschwachen Griechen, die keinen ausreichenden Zugang mehr zu medizinischer Versorgung haben, hat sich seit 2010 fast verdoppelt. 3,1 Millionen Menschen – knapp 30% der Bevölkerung – sind heute ohne Krankenversicherung. 800.000 von ihnen haben zudem weder Erwerbseinkommen noch Arbeitslosenunterstützung.

HIV und Malaria wurden herbeigekürzt

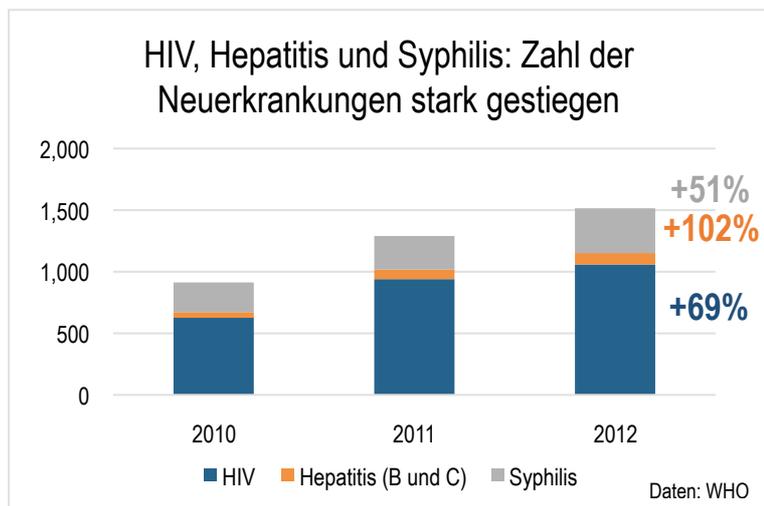
Ausnahmen gab es bei der Kürzungspolitik kaum. So wurde bereits von 2009 auf 2010 die Zahl der kostenlos ausgegebenen Spritzen und Kondome um 10% bzw. 24% gesenkt. In den Folgejahren hat sich die Zahl der Neuinfektionen bei Krankheiten wie HIV, Syphilis oder Hepatitis (B&C),



die häufig durch unreines Spritzbesteck bei Drogenabhängigen oder ungeschützten Geschlechtsverkehr übertragen werden, drastisch erhöht. Wurden 2010 noch 913 neue Fälle gemeldet, waren es 2012 bereits 1.515 (+66%).

Vereinzelt wurden zudem erstmals seit über 40 Jahren wieder Fälle von Malaria

bekannt, nachdem die massiven Kürzungen der kommunalen Budgets dazu geführt haben, dass Schutzmaßnahmen wie Sprühaktionen gegen Moskitos eingestellt werden mussten.



Kinder besonders hart betroffen

Besonders besorgend ist die Situation der Kinder. Gemessen an der Armutsgrenze des Basisjahres 2005 ist die Kinderarmut zwischen 2010 und 2013 von 18,7% auf 48,6% angestiegen. Hunderttausende Eltern sind finanziell nicht mehr in der Lage, ihren Kindern ein würdevolles Leben zu bieten. Immer häufiger werden Neugeborene in den Krankenhäusern zurück gelassen.

Bereits in den ersten Jahren der Krise, bis 2011, ist die Zahl der untergewichtig geborenen Kinder um 19%, jene der Totgeburten um 21% und die Kindersterblichkeit um 43% gestiegen. Aktuelle Statistiken – wenn es sie gäbe – würden vermutlich ein noch viel schlimmeres Bild zeichnen, da in den Jahren 2012 bis 2014 zahlreiche weitere tiefe Einschnitte im Bereich der sozialen Absicherung und im Gesundheitswesen durchgesetzt wurden.

Psychische Erkrankungen nehmen zu

Auch psychisch machen Krise und Krisenpolitik den Menschen in Griechenland zu schaffen. Von 2009 bis 2011 ist der Anteil jener in Griechenland, die unter massiven Depressionen leiden, von 3,3% auf 8,2% gestiegen. Auch dieser Wert dürfte mittlerweile deutlich höher

liegen. Psychologische Einrichtungen sind völlig überlastet. Während die Zahl der registrierten Behandlungen um 120% gestiegen ist, wurden die Mittel für diese Einrichtungen um 64% gekürzt.

Derweil gab es 2012 in Griechenland mehr Suizide als zu irgendeinem anderen Zeitpunkt in den letzten 30 Jahren. Allein vom Beginn der



„Rettungspolitik“ 2010 bis 2012 ist die Suizidrate um 35% gestiegen. Betroffen sind vor allem Arbeitslose, Rentner, Selbständige und Studenten. Aktuelle Studien zeigen, dass Überschuldung und wirtschaftliche Perspektivlosigkeit zentrale Motive sind.

Fazit: Angesicht der realen Entwicklung wirkt das Gerede von den „Hausaufgaben“, die die Griechen endlich machen müssten, und den Schulden, die unbedingt vollständig bezahlt werden müssen, extrem zynisch. Menschenleben und Würde sind wichtiger als die Forderungen internationaler Großbanken. Deswegen muss die Troika-Politik bekämpft und beendet werden!

